

Antrag an das Studierenden-Parlament der Humboldt-Universität zu Berlin

Antragsteller:

OLKS – Offene Liste Kritischer Studierender

Betreff:

Solidaritätserklärung mit den von Repressionen betroffenen Studierenden Belaruss*innen und eine Forderung an das Präsidium der Humboldt-Universität zu Berlin für eine unbürokratischen Unterstützung.

Hintergrund:

Liebes StuPa,

während der anhaltenden Proteste in Belarus beteiligen sich zahlreiche Studierende und andere Statusgruppen an Aktionen in- und außerhalb der Campus.

Einige Studierende, die den Protest an den Unis formuliert haben, oder an Demonstrationen beteiligt waren, wurden Tage später aus den Räumen ihrer Fakultäten von Zivileinheiten entführt und verschleppt.

Überall sollten Universitäten ein sicherer Raum für gesellschaftlichen Diskurs und progressive Entwicklungen sein. Äußerungen im politischen Diskurs dürfen nicht zu Verhaftungen, Verlust von Studienplätzen oder der Verweigerung von Prüfungszugängen führen.

Wo immer diese Basis angegriffen wird, ist es die Aufgabe von Studierenden andernorts dies aufgreifen und durch ihre Stimmen den Stimmen der Betroffenen Gehör zu verschaffen.

Beschlussvorlage:

Das StuPa der HU möge beschließen:

„Das StuPa spricht seine Solidarität mit den aktuell von Repressionen betroffenen, belarussischen Student*innen aus und fordert die Einhaltung des Rechts auf freie Meinungsäußerung, sowie die Respektierung der Universitäten als geschützte Räume.

Das Präsidium der Humboldt-Universität wird aufgefordert im Rahmen ihrer Möglichkeiten ein Zeichen zu setzen und unbürokratische Unterstützung anzubieten. Dies soll in Form einer zur Verfügungstellung von mindestens 20 Studienplätzen (fakultätsübergreifend) für repressionsbetroffene Student*innen geschehen. Diese Plätze sollten zudem mit einer Zugangserleichterung bei den Sprachanforderungen (B1 Niveau ausreichend) ausgestattet sein.

Eine Koordination mit dem Berliner Senat kann dies erleichtern und den Weg für ähnliche Programme an den anderen Berliner Universitäten frei machen.

Berlin, 21.10.2020